



Ein Lichtblick für den Kristallpalast.

FOTO: SEBASTIAN

Kristallpalast-Investor kann und muss jetzt loslegen

VON CARLA HANUS

DESSAU/MZ - „Bei Nichterfüllung zahlt die Stadt nicht drauf.“ Dieses Argument, von Ralf Schönemann (Linke) und Matthias Bönecke (Pro Dessau-Roßlau) vorgetragen, dürfte den Ausschlag gegeben haben, dass sich schließlich doch eine Mehrheit der Stadträte am Mittwochabend für die Errichtung eines Tagungs- und Veranstaltungszentrums am Standort Kristallpalast mit der gleichzeitigen Ansiedlung eines medizinischen Versorgungszentrums ausgesprochen hat.

Wobei es der Beschlussvorschlag recht schwer hatte. Gleich zu Beginn der Sitzung wollte Stefan Giese-Rehm (Bürgerliste/Grüne) den Tagesordnungspunkt kippen. Er bemängelte, wie auch schon im Bauausschuss Mitte März, dass seine Fraktion fälschlich mit als Einschiebung genannt sei. Indes wollten nur sieben Stadträte diesen Tagesordnungspunkt absetzen. Wobei sich Stunden später bei der Behandlung dieses Punktes herausstellte, dass auch die Fraktionen der FDP und der SPD und Hagen

Göricke (Freie Wähler) diese Vorläufe nicht mit eingebracht hatten, aber genannt worden waren. Es blieben die Fraktionen Die Linke, CDU und Pro Dessau-Roßlau.

„Bei Nichterfüllung zahlt die Stadt nicht drauf.“

Ralf Schönemann
Fraktions-Chef Linke

Doch auch inhaltliche Fragen heizten die Diskussion an. Rainer Maloszyk (FDP) sah im beabsichtigten Verzicht auf Stellplätze und die erforderlichen Ablösegebühren eine „eklatante Verletzung des Gleichbehandlungsprinzips“ und wollte die Vorlage in den Finanz- und in den Bauausschuss verweisen. Den Verzicht auf die Gebühren kritisierte auch Giese-Rehm, weil er befürchtet, dass die Stadt seitens des Landesverwaltungsamtes Probleme mit dem Haushalt bekommen könnte. Zudem sah er keinen dringenden Handlungsbedarf für einen Stadtratsbeschluss.

Dem hielt Matthias Bönecke entgegen, dass es zu einem Verzicht der Stellplatzablöse nur komme, wenn gebaut werde. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass diese Gelder ausschließlich für die Schaffung von Stellplätzen zurückgelegt werden dürften. Sie dürften gar nicht anderweitig verwendet werden, erklärte Bönecke und fragte, wo in der Innenstadt denn noch Stellplätze geschaffen werden sollten. Insofern sehe er auch keine Zukunft für diese Satzung, die im kommenden Jahr nämlich auslaufen und dann neu zu behandeln sei.

Der Fraktionsvorsitzende von Pro Dessau-Roßlau appellierte an die Stadträte, dem Investor ein Signal zu geben, damit er Planungssicherheit erhalte. „Wie gehen wir mit Investoren um, mit Leuten, die uns Geld hertragen“, fragte er. Wenn jemand hier ein Projekt stemmen wolle von etwa 14 Millionen Euro. Sein Fraktionskollege Hans-Georg Otto ergänzte, dass es bereits einen Beschluss zur Stellplatzablöse zum Kristallpalast gegeben habe, den die Aufsichtsbehörde nicht kassiert habe.

Dennoch waren nicht alle Stadträte beruhigt. Weswegen Manfred Bähr (FDP) beantragte, über die einzelnen Punkte der Beschlussvorlage gesondert abzustimmen.

Aber auch mit der Schritt-für-Schritt-Abstimmung kam die Beschlussvorlage schließlich durch. Selbst der umstrittene Punkt 3, in dem es um den Verzicht auf die Stellplätze und die erforderliche Stellplatzgebühren geht, fand mit 19 Ja- und 15 Nein-Stimmen eine knappe Mehrheit. Hierfür soll der Investor aber einen genehmigten Fördermittelbescheid in der beantragten Höhe von 50 Prozent vorlegen, vier Monate nach bestandener Baugenehmigung mit dem Bau beginnen und weitere 24 Monate später diesen beenden.

Außerdem soll er bis Ende Mai den Fördermittelantrag beim Land einreichen und ein Betreiber- und Finanzierungskonzept zuarbeiten. Sollte dies nicht geschehen, besagt der Beschluss, „haben das Städtische Klinikum und die Stadt Dessau-Roßlau keinerlei finanzielle Verpflichtungen gegenüber dem Investor zu erfüllen“.